

Kultur, Kulturpolitik und die Berliner Republik

Mit dem Umzug des Deutschen Bundestages in die neue alte Hauptstadt spricht man von der Berliner Republik. Seit die rot-grüne Bundesregierung einen Kulturstaatsminister im Bundeskanzleramt installiert hat, spielt Kulturpolitik in der öffentlichen Debatte wieder eine Rolle. Kulturpolitik sollte in der Berliner Republik „wieder zu einer großen Aufgabe europäischer Innenpolitik“ gemacht werden, versprach Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung.

„Hauptstadtkultur“ geisterte als Phantom durch die Gemüter. Man verwechselte dabei Kultur in der Hauptstadt mit Hauptstadtkultur. Wie in keiner anderen Stadt schwelgen die Berliner in einer Angebotsfülle von Opern, Orchestern, Theatern, Museen und Bibliotheken. Spiegelt sich in deren Bundesförderung und in der Bündelung von bundespolitischen Kulturoptionen das Sehnen der Deutschen nach Einheit, nach Mitte und Metropole? Handelt es sich hierbei um die Projektion zentralistischer Selbstbespiegelung oder um die Drehscheibe eines kooperativen Föderalismus? Wie gestalten Kommunen und Länder ihre Verantwortung für Kultur?

Ungeschminkte Antworten hierauf versuchen die Autoren dieses Bandes zu finden.

Ergebnisse und Versäumnisse der neuen Politik für Kultur fordern am Ende der Legislaturperiode zu einer kritischen Bestandsaufnahme heraus. Kulturpolitik in der Berliner Republik bedarf der kritischen Kommentierung, Perspektiven wären aufzuzeigen, um Kunst und Kultur in Zeiten knapper Kassen zu schützen und uneingeschränkt zu fördern.

Die Bilanz des Staatsministers für Kultur und Medien steht ebenso zur Debatte wie auch die Arbeitsergebnisse des neu eingerichteten Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag. Welche der Programme und Projekte der neuen Kulturpolitik konnten in der Berliner Republik reüssieren, welche scheinen entbehrlich und welche Initiativen wurden versäumt? Auf der Habenseite bilanzieren sich unter Julian Nida-Rümelin die Kulturförderung für die Hauptstadt und die Einrichtung einer Bundeskulturstiftung zum Erfolg, auch die Reform des Stiftungsrechts oder die Novellierung der Buchpreisbindung. Das von Michael Naumann gegründete Bündnis für den Film hat noch keine nachhaltigen Konturen gewonnen, und die Neukonzeption der auswärtigen Kulturpolitik zeigt noch kein erkennbares Profil.

Überlagert waren die inhaltlichen Auseinandersetzungen mit grundsätzlichen Diskursen, zum Beispiel wie jene Unsägliche um die zukünftige Gestaltung des Kulturföderalismus in Deutschland. Am Beispiel der Stiftung Preußischer Kulturbesitz wird deutlich, mit welcher Entschlossenheit einige Bundesländer der Berliner Republik kulturell Paroli bieten. Ausgerechnet unter dem Vorwand, ihre sogenannte Kulturhoheit zu stärken, erklärt die Ministerpräsidentenkonferenz den Ausstieg als Verhandlungsposition. Dem Kulturzentralismus wurde der Kampf angesagt, indem versucht wurde, eine grundsätzliche Verantwortung in der Kulturpolitik der Hoheit der Länder zuzuschieben. Tatsächlich haben sie 1957 leidenschaftlich dafür gestritten, das „Kulturerbe Preußens“ in gemeinsamer Trägerschaft zu übernehmen. Wie erklärt sich der Sinneswandel? Damals erstritten sie sich beim Bundesverfassungsgericht ihre Legitimation. Michael Naumann hatte denn auch mit der These, der Begriff der Kulturhoheit sei nichts als „Verfassungsfolklore“, gehörig provoziert.

Ganz so einfach wollen es sich die Autoren dieses Bandes nicht machen.

Einer fruchtbaren Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen darf der Kulturföderalismus sich nicht länger entziehen, zumal die Städte und Gemeinden als Hauptträger der Kultureinrichtungen zunächst eine Finanzreform einklagen, um überhaupt wieder Kulturpolitik gestaltend betreiben zu können. Derzeit reduziert sich Kulturpolitik auf eine Jeremiade über gekürzte Haushaltsmittel, die manchem Kulturpolitiker leider als Entschuldigung dafür dient, sich keine gescheiterten Alternativen einfallen zu lassen. Auch über das fahrlässige Untätigsein mancher Kulturadministratoren wird in dem Buch die Rede sein.

Was unser Staat dringend braucht, ist eine Debatte auf allen Ebenen über die Eigenständigkeit des Kulturellen, über die Bedeutung von Kultur als Lebensform, über Perspektiven einer Kulturpolitik im 21. Jahrhundert.